Nr. 149
B 74
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 29. März 1927
V

# Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3653, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

# Lloyd Georges Partei marschiert

## Zwei Mandate in einer Woche

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 29. März

**Die Nachwahl zum Unterhaus im Südlondoner Bezirk North Southwark, die durch den Uebergang des Mandatinhabers Dr. Guest von der Arbeiterpartei zur Konservativen Partei notwendig wurde, hat den Liberalen binnen einer Woche den zweiten großen Wählerfolg und seit langer Zeit den ersten Mandatsgewinn gebracht. Der liberale Stadtrat Strauß, ein Angehöriger einer in England naturalisierten deutschen Familie, erhielt 7334 Stimmen, der linksradikale Kandidat der Arbeiterpartei Isaacs 6167, Dr. Guest als Konservativer 3215 Stimmen. Guest, der zugleich Armenarzt des Bezirkes ist, hatte die Wahl ausschließlich mit der Parole ausgefochten: Für oder gegen die Regierungspolitik in China.**

Das Ergebnis war, daß Strauß den Wahlkreis gewann, der denkbar wenig von China, aber um so viel mehr von den viel ernsteren Alltagssorgen des englischen Arbeiters, Angestellten und Kleinbürgers gesprochen hat. Seitdem die Liberale Partei unter der einheitlichen Führung von Lloyd George im Parlament und von Sir Herbert Samuel in den Wahlkreisen steht, hat sie Zielsicherheit in der Propaganda und eine neue Ueberzeugungskraft bei den Wählermassen gewonnen, weil sie im Gegensatz zur Konservativen und Arbeiterpartei entschlossen und ehrlich über die Nöte des Mannes auf der Straße redet, statt den Wahlkampf auf irgendein den Engländern ferner liegendes Gebiet zu „verschieben". Bei rund 26 000 eingeschriebenen Wählern haben noch nicht 10 000 durch Stimmenabgabe für Guest oder Isaacs sich für die Frage aussprechen wollen, ob sie für oder gegen den Chinafeldzug sind. Dagegen haben sich 7300 Wähler für die Partei ausgesprochen, die sich mit ihren Alltagssorgen beschäftigen will, und 8000 Wähler haben trotz intensivster Bearbeitung des Wahlkreises überhaupt nicht an der Wahl teilgenommen.

So kam es denn dazu, daß in diesem Wahlkreis, der wochenlang auf das energischste bearbeitet wurde, nur 64 v. H. der Wähler abgestimmt haben, eine Wahlbeteiligung, die unter dem Durchschnitt für ganz England bei den allgemeinen Wahlen liegt.

## Der Kampf in der Labour

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 29. März

Die englische Regierung hat die in Vorbereitung befindliche Revision der Gewerkschaftsgesetzgebung geschickt dazu benutzt, die augenblickliche Zerfahrenheit und Führerlosigkeit innerhalb der Arbeiterpartei festzustellen.

Die Veröffentlichung des neuen Gewerkschaftsgesetzes hat sich seit einigen Wochen verzögert, weil Baldwin bereit war, dem Gesetz eine mildere Fassung zu geben, wenn es in einer zwischen der Regierung und den führenden Gewerkschaftlern verein-barten Form abgefaßt werden könnte. Die Mehrheit der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei war angesichts des katastrophalen Ausganges des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks bereit, in derartige Besprechungen einzutreten. Snowden, der jetzt wieder in der Fraktion das Uebergewicht besitzt und gestern sogar in einer öffentlichen Rede für die „Preisgabe der fruchtlosen Streikwaffe" eingetreten ist, war der energischste Wortführer des Kompromißgedankens.

Als der Generalrat des Gewerkschaftskongresses einigen prominenten Gewerkschaftsführern das Verhandlungsmandat erteilen sollte, wurde die Frage von den Vertretern der kleinen radikalen Gewerkschaften zuerst verzagt, dann wurde von ihnen in Moskau angefragt, und als der Bescheid eintraf, man solle mit dieser englischen Regierung weder paktieren noch überhaupt verhandeln, lehnte der Generalrat mit ganz knapper Mehrheit jede Erteilung eines Verhandlungsmandates ab.

Die Arbeiterpartei hat damit gegen den Rat ihrer besonnenen Führer eine Gelegenheit, die Schlappe, die sie in der öffentlichen Meinung durch den Generalstreik erlitten hatte, gutzumachen, mutwillig fortgeworfen.

# Nach dem Gewitter

Von

**Mario Passarge,**

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Rom**, 29. März

Der italienisch-südslawische Konflikt hat, von Rom aus gesehen, eine wesentlich andere Tönung als diejenige, die man ihm in Belgrad, Paris oder auch in London gibt. So wie die italienischen Zeitungen es darstellen, sieht es ja überaus einfach aus:

Italien hat zuverlässige Angaben dafür in Händen (wir versuchen den italienischen Standpunkt zu erläutern), daß die Belgrader Militärs einen Handschlag gegen die Regierung Achmed Zogus in Tirana planen. Der Rücken dieser zten albanischen Revolution soll durch den Aufmarsch regulärer und irregulärer südslawischer Kräfte an der Nordgrenze Albaniens und durch Sicherungsmaßnahmen gegen Italien gedeckt werden. Italien hat mit Achmed Zogu einen Vertrag, der es zum Eingreifen in einem solchen Falle zwingen würde. Italien will den Frieden, darum zeigt es die südslawischen Vorbereitungen bei den Großmächten an. Die Wirkung ist frappant. Südslawien beteuert seine Unschuld und wünscht sogar eine internationale Enquete darüber, ob die italienischen Alarmmeldungen zutreffen. Italien hat nichts gegen eine solche Untersuchung, obwohl es ihrem Ergebnis schon im voraus nicht den geringsten praktischen Wert beilegt. Wertvoll für Italien und für seine Politik ist vielmehr, daß der übliche Frühjahrsaufstand in Albanien nun wahrscheinlich nicht mehr stattfinden wird. Sollte er aber dennoch steigen, so wird Europa durchaus nicht überrascht sein dürfen, wenn Italien in der Weise eingreift, die es von seinen Interessen diktiert glaubt. Damit ist für Italien die Sache an sich erledigt. Man begreift nicht, oder stellt es durch seine Presse jedenfalls so dar, warum in Paris und auch in London so viel Gerede darum gemacht wird. Es gibt gar nichts zu vermitteln zwischen Rom und Belgrad, liest man; die Dinge liegen ganz klar. Auf diese Klarheit legt die mussolinische Außenpolitik den größten Wert. Hände weg von Albanien! rief bereits der Tiranavertrag in die Ohren derjenigen, die es hören sollten. Man hat diese Warnung jetzt ganz einfach noch einmal unterstrichen. Was soll da eine Vermittlung? Entweder man sieht in Belgrad ein, daß Rom in dieser Beziehung um keinen Preis mit sich spaßen läßt, dann ist alles in Ordnung und kann so weiter gehen wie bisher; oder man arbeitet auf eine Entscheidung durch die Waffen hin, dann ist Italien nicht gewillt, sich überraschen zu lassen und die Initiative abzugeben. Hätte, so hört man hier oft äußern, 1914 eine so klar umrissene Lage in Europa bestanden, der Weltkrieg wäre unterblieben.

Dieses überaus simple Bild erhält natürlich eine wesentliche Verschiebung, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß Südslawien, wie man schließlich doch wohl annehmen muß, bereits seit Tirana genügend Bescheid wußte. Jener Vertrag sagte doch mit aller Deutlichkeit die Intervention Italiens für den Fall einer gegen die augenblickliche albanische Regierung gerichteten Umsturzbewegung an. Belgrad wußte, daß, sobald Achmed Zogus Regiment bedroht wäre, italienischen Truppen in Albanien Fuß fassen würden. Die Frage müßte also lauten: wollte Südslawien eine solche italienische Intervention provozieren und was erhoffte es sich davon? Diese Intervention brauchte ja nicht unmittelbar zum Konflikt Italiens mit Südslawien zu führen, denn die italienische Protektion hört an den Grenzen Albaniens auf; andererseits wäre es, wenn man das wünschte, natürlich beiden Seiten dann leicht gewesen, auch den Konfliktsfall zu schaffen. Mit welchen Folgen? Lokalisiert brauchte ein Konflikt zwischen Italien und Südslawien zunächst niemanden außerhalb aufzuregen. Daß er nicht lokalisiert bleiben würde, darüber besteht allerdings ziemliche Gewißheit. Die französischen Verpflichtungen gegenüber Südslawien sind mindestens ebenso bindend, wie diejenigen Italiens gegenüber Albanien, auch wenn sie noch nicht auf dem Papier stehen sollten, woran man aber gerechterweise zweifeln darf. Italien hätte also einen Strauß mit Südslawien wenigstens nicht ohne sehr starke Rückendeckungen gegenüber Frankreich aufrechten können. Südslawien wiederum kann sich weder auf Ungarn, noch auf Bulgarien, noch auf Rumänien verlassen. Ferner würde die Verschiebung auch nur des kleinsten Steins auf dem Balkanbrett und auf dem Donauglacis automatisch die ganze Maschinerie der kleineren Zwischenverträge in Bewegung setzen.

Es ist nun schon darauf hingewiesen worden, wie dieser noch nicht restlos in seinen Zielen beiderseitig aufgeklärte Zwischenfall wertvoll war als greller Scheinwerfer, der die geringe Stabilität des „europäischen Friedens" beleuchtete. Der latente Konfliktszustand zwischen Italien und Frankreich ist an einem krassen Beispiel erläutert worden, während Serbien noch einmal die Rolle von Sarajewo spielen könnte, wann und wie es ihm beliebt.

Was die künftigen Beziehungen Italiens zu Südslawien betrifft, die zu regeln wohl der Hauptzweck der eifrigen Bemühungen der anderen Großmächte sein dürfte, so liegen auch sie auf einer klaren Entwicklungslinie. Das

# Für Cyrills Sowjet-Kaisertum

Die Deutschnationalen in der Agitation.

Die Deutschnationalen haben die bekannten Richtlinien angenommen, sie haben sich auf die Weimarer Verfassung und die Symbole der Republik verpflichtet, sie sitzen in der Regierung. Aber daß sie ganz die Alten geblieben sind, das kann man an jedem Tage erneut feststellen, wenn man ihre Presse aufmerksam verfolgt und besonders jene für „nationale" Zeitungen in der Provinz bestimmten Aufsätze, in denen sie sich offenherziger geben als in ihren Versammlungsreden und gar im Reichstage. Die Deutschnationalen zeigen ein doppeltes Gesicht; das wahre erkennt man in diesem auf die Massenwirkung berechneten „Artikeldienst".

Da werden die Femeprozesse, die jetzt abgerollt sind, als terroristische Aktion der Linken bezeichnet. Nicht gegen die Mörder wenden sich die Deutschnationalen, sondern gegen jene, die darauf gedrungen haben, daß diese Mörder zur Verantwortung gezogen werden. Die Verhaftung des Pfarrers in Königsdorf unter Mordverdacht ist auch ein „Verbrechen" der Linken, und der Evaporator-Prozeß, in dem der Reichsaußenminister Dr. Stresemann seine Ehre gegen einen nationalistischen Angreifer zu verteidigen hat, wird umgefälscht in eine von der Linksopposition eingefädelte Aktion. Am offenherzigsten aber werden die Deutschnationalen, wenn sie gegen den verhaßten Parlamentarismus zu Felde ziehen.

In der heutigen Ausgabe des „Artikeldienstes" rühmt der deutschnationale Pressechef das von Großfürst Cyrill in der „Kreuzzeitung" veröffentlichte Programm. Begeistert schreibt Herr v. Zedlitz:

„Ganz nationalrussisch will er die Rettung nur aus eigener Kraft. Wie weg das den Engländern klingen? Cyrill verwirft ferner jede Strafe und Vergeltung für die unter Bolschewistenherrschaft verübten Verbrechen, aber auch die Aufhebung derjenigen Einrichtungen und Behörden, die ihr Entstehen einem tatsächlichen Lebensbedürfnis verdanken. Er will keine „Restauration". Im bemerkenswertesten ist aber, daß Cyrill als kommende russische Staatsform ein „Sowjetkaisertum" bezeichnet. Das ist die schroffste Ablehnung des Parlamentarismus, dieses politischen Leichnams, vor dem die russische Intelligenz ein halbes Jahrhundert auf den Knien gelegen hat. Unsere jüdisch-liberale und demokratische Intelligenz betet ihn heute noch an und doch hat dieses System abgewirtschaftet. Cyrills Programm wie der faszistische Staat Mussolinis kehren zu dem Grundgedanken des großen Freiherrn vom Stein zurück. Auch das ist ein Zeichen der Zeit. Es ist Frontgeist, der hier spricht. Nur er wird das Neue schaffen. Es ist der Führergedanke, wie er sich im neuen Programm des Stahlhelms wieder ausspricht, der neu auflebt wie einst im Kriege und diesmal sich durchsetzen wird. Wirklichkeit, daß denn auch der November 1918 nachträglich doch noch einen Sinn erhält."

Das ist ein neues Bekenntnis, nicht nur gegen den Parlamentarismus, sondern gegen das Parlament überhaupt und damit gegen einen der wichtigsten Grundpfeiler unserer Staatsform; das ist das erneute Bekenntnis zur Diktatur, die hier als „Führergedanke" bezeichnet wird. Es sind dieselben krausen Ideen, die wir aus der Inflationszeit kennen. Während die Nationalisten damals in der Flut ihrer Phrasen hilflos untergingen, haben das Parlament und die parlamentarische Regierung das Deutsche Reich aus der Inflations- und Ruhrkrise glücklich herausgeführt und jene Konsolidierung der inneren und äußeren Politik mühsam erkämpft, die es den Deutschnationalen ermöglichen sollte, die Früchte der Arbeit in Ministersesseln mitzugenießen.

Im Reichstag die scheinheilige Miene der verfassungstreuen Regierungspartei; außerhalb des Reichstages die alte Agitation gegen die Weimarer Republik und Parlament. Ein doppeltes Gesicht und das eine unsympathischer als das andere.

## Wilhelm II. erklärt

Der Berliner Leiter des International News Service, S. Dunbar Meyer, ist von einem Besuch aus Schloß Doorn zurückgekehrt. Er ist dort „ermächtigt" worden, zu erklären, daß weder vom Ex-Kaisernoch von seiner Gattin offizielle oder inoffizielle, auf eine eventuelle Rückkehr nach Deutschland zielende Schritte unternommen worden seien. Der Ex-Kaiser halte es mit seiner „Würde unvereinbar" unter der jetzigen Staatsform um eine Erlaubnis zur Rückkehr nachzusuchen.

## Rauschers Berliner Besprechungen

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, ist für einige Tage in Berlin, um über die Frage des Niederlassungsrechts Deutscher in Polen Bericht zu erstatten und neue Instruktionen über den deutschen Standpunkt in der Niederlassungsfrage nach Warschau mitzunehmen. Die Verhandlungen über den eigentlichen Handelsvertrag werden vorläufig zurückgestellt, bis eine Verständigung in der Niederlassungsfrage erreicht ist.